

STADT BIBERACH

Kämmereiamt

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage



Stand: 30.06.2010

1. Ausgangssituation

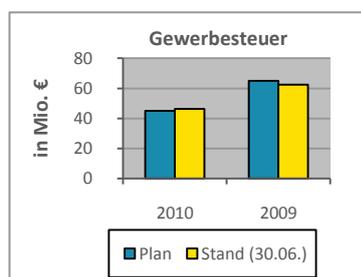
Die vom Gemeinderat am 21.12.2009 beschlossene Haushaltssatzung 2010 wurde am 27.01.2010 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 08.02.2010 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

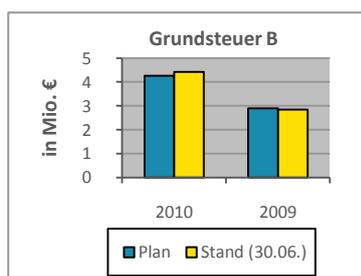
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

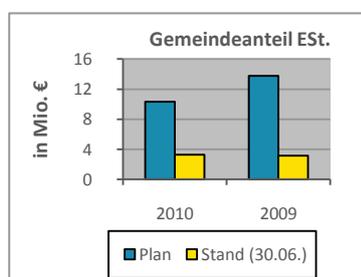
2.1.1 Einnahmen



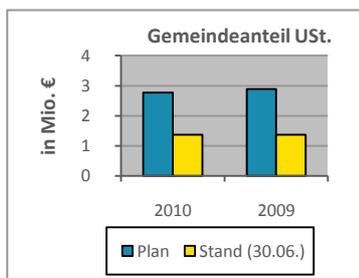
Die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2010 liegen derzeit um ca. 1,32 Mio. € über dem Planansatz (45,00 Mio. €). Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde der Ansatz für 2010 entsprechend vorsichtig kalkuliert. Da die Signale in der Wirtschaft wieder positiv sind, hoffen wir auf etwas höhere Gewerbesteuereinnahmen, spätestens ab dem Jahr 2011. Nach Abzug der zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von 9,97 Mio. € ergibt sich zum Jahresende vermutlich ein Netto-Aufkommen von 36,38 Mio. € (Vorjahr: 48,61 Mio. €).



Mit der Haushaltssatzung 2010 wurde vom Gemeinderat die Erhöhung der Grundsteuer A und B von 200 auf 300 Prozentpunkte beschlossen. Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A** verlaufen planmäßig. Bei der **Grundsteuer B** kommt es zu Mehreinnahmen durch Nachveranlagungen aus Vorjahren in Höhe von über 150.000 €.



Beim **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer** beträgt das Landesaufkommen nach der Mai-Steuerschätzung für das Jahr 2010 nun 3,70 Mrd. € und fällt somit um 0,4 Mrd. € besser aus, als in der Haushaltsplanung unterstellt. Für die Stadt Biberach hätte dies Mehreinnahmen in Höhe von rund 1,25 Mio. € zur Folge. Die November-Steuerschätzung wird letztendlich zeigen, ob dieser Wert gehalten werden kann.



Nach der Mai-Steuerschätzung wird das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer** 490 Mio. € beantragen, was für Biberach Mehreinnahmen von rund 145.000 € nach sich ziehen könnte. Die endgültige Höhe des Aufkommens steht erst im 1. Quartal 2011 fest. Auch hier wird die November-Steuerschätzung zeigen, ob die aktuellen Annahmen realistisch sind.

Beim **Familienleistungsausgleich** geht das Land derzeit von einem Zuweisungsbetrag von 422 Mio. € aus. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung wurde mit einem Betrag von 332 Mio. € kalkuliert, da die vom Bund beschlossene Erhöhung des Kindergeldes nicht einkalkuliert war. Für das Jahr 2010 kann daher mit Mehreinnahmen von rund 367.000 € gerechnet werden. Die **sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen planmäßig.

Bei den **Gebühren und Entgelten** kommt es bei den Parkgebühren nach den Prognosen des Ordnungsamtes zu Wenigereinnahmen von ca. 344.000 €. Ausschlaggebend hierfür sind zahlreiche Baumaßnahmen im Innenstadtbereich, durch die vorübergehend gebührenpflichtige Parkplätze entfallen. Außerdem weichen aufgrund der Erhöhung der Parkgebühren zahlreiche Nutzer in die Tiefgaragen aus, um dort die erste Stunde kostenlos parken zu nutzen.

Bei den **Miet- und Pachteinnahmen** geht das Gebäudemanagement derzeit von einem planmäßigen Verlauf aus. Die Verwaltung der städtischen Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übergegangen.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

Bei den **Zuschüssen des Landkreises** für den Öffentlichen Personennahverkehr kommt es zu Wenigereinnahmen in Höhe von ca. 319.000 € aufgrund von Rückerstattungen für das Jahr 2009 und Anpassung der Vorauszahlungen für das Jahr 2010. Ausschlaggebend hierfür ist das niedrigere Defizit der Stadtwerke in der Sparte ÖPNV.

Durch die Neuregelung der **Kindergarten- und Kleinkindförderung** des Landes im Jahr 2009 kommt es nach derzeitigem Stand zu Mehreinnahmen beim Kindergartenlastenausgleich und der Kleinkindförderung von rund 151.000 €. Dem stehen aber deutlich höhere Ausgaben gegenüber. Die Abschlagszahlungen bei den **Sachkostenbeiträgen** der Schulen erfolgen planmäßig.

Aufgrund der Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank sind die Zinssätze für Geldanlagen seit Oktober 2008 im Keller. Daher werden Geldanlagen derzeit eher kurzfristig angelegt, um einerseits im Falle von möglichen Liquiditätsengpässen sofort reagieren zu können und um andererseits eine rasche Reaktionsmöglichkeit auf eine veränderte Finanzmarktlage zu besitzen. Dies wirkt sich negativ auf die **Zinsen aus Geldanlagen** aus. Für das Jahr 2010 rechnen wir derzeit mit Wenigereinnahmen von knapp 800.000 €.

Die Erträge aus den Geldanlagen der Rückstellungen werden den Zinsen aus Geldanlagen direkt zugeschlagen, weil bei der Bildung

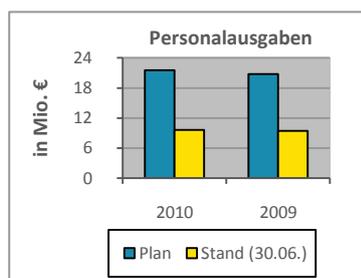
der Rückstellungen auch eine entsprechende Verzinsung unterstellt wurde.

Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen im Rahmen der Planung.

Bei den **weiteren Finanzeinnahmen** kommt es nach Prognosen des Ordnungsamtes zu Mehreinnahmen aufgrund der Bußgelderhöhung Anfang 2009 und Ausbau der Geschwindigkeitsüberwachungen in Höhe von rund 135.000 €. Die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer liegen derzeit weitgehend im Plan, ebenso die Erstattungsinsen. Da die Vollverzinsung nicht planbar ist, wird sich zeigen, ob aufgrund von Betriebsprüfungen des Finanzamtes weitere Erstattungsinsen seitens der Stadt zu leisten sind.

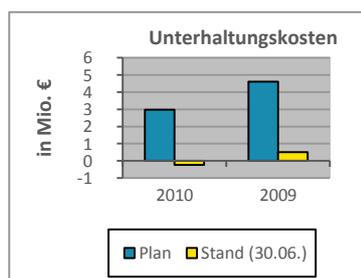
Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zum Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

2.1.2 Ausgaben

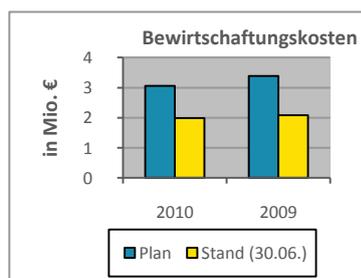


Bei den **Personalausgaben** geht das Hauptamt davon aus, dass die eingeplanten Mittel eingehalten werden. Zwar wirkt sich der gegenüber der Planung günstigere Tarifabschluss positiv aus. Dem stehen aber höhere Personalkosten aufgrund von Stellenvermehrungen im Bereich Betreuung gegenüber (Dr. Nr. 56/2010).

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten, die in den Planansätzen der Personalausgaben enthalten sind. Die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen der Rückstellungen werden der Stadtverwaltung erst am Jahresende vom Kommunalen Versorgungsverband mitgeteilt.



Die Umsetzung der für die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** geplanten Maßnahmen verläuft nach Angaben des Gebäudemanagements weitgehend planmäßig. Aufgrund der Übertragung von Haushaltsresten aus dem Jahr 2009 ergibt sich derzeit noch ein negativer Ausgabensaldo.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 64,93 % (Vorjahr: 61,52 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Gebäudemanagements sind derzeit keine Abweichungen erkennbar.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 24,01 % (Vorjahr: 23,09 %) bewirtschaftet. Es wird derzeit von einem planmäßigen Verlauf ausgegangen.

Bei den **Zuschüssen für laufende Zwecke** für den Kindergartenbereich wirkt sich die Erhöhung der Abmangelbeteiligung von bisher 85 % auf nunmehr 93 % ab dem Jahr 2010 nach Angaben des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport mit rund 180.000 € Mehrausgaben aus. Hinzu kommen zusätzliche Ausgaben von 25.000 € für die Anpassung der Verwaltungskostenbeiträge an die Träger von bisher 2.500 € auf 3.250 € je Gruppe.

Bedingt durch die geringen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich bei der **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von ca. 291.000 € ab. Dagegen verläuft die **Kreisumlage** planmäßig.

Aufgrund von geänderten Einwohnerzahlen in der Landesstatistik kommt es bei der **Finanzausgleichsumlage** an das Land zu geringeren Ausgaben von rund 139.000 €.

Im Verwaltungshaushalt wurden bisher insgesamt 490.328 € (Vorjahr: 147.933 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Davon entfallen 82.000 € auf Winterdienstfremdleistungen (Dr. Nr. 86/2010) und 60.000 € auf die Nutzung des Gebäudes Mond als provisorischer Kindergarten (Dr. Nr. 264/2009). Die haushaltsmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

Hinzu kommen noch interne Mittelumschichtungen aufgrund der Auflösungen des Unterabschnitts 6700 - Straßenbeleuchtung - im Hinblick auf das neue Haushaltsrecht mit 579.000 €.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

Das Abmangelbudget im Kulturbereich beträgt im Jahr 2010 insgesamt 3,474 Mio. €.

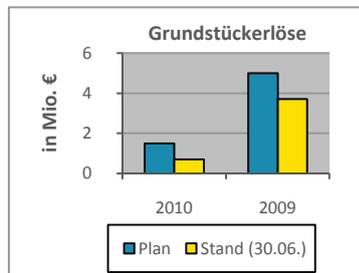
Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 57,75 % (Vorjahr: 57,26 %) und auf der Ausgabenseite zu 42,44 % (Vorjahr: 44,98 %) bewirtschaftet. Im Jahr 2009 konnte ein Überschuss von 145.316,57 € erwirtschaftet und in das Haushaltsjahr 2010 übertragen werden. Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt im Rahmen der Planung.

Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen

Der Vermögenshaushalt verläuft auf der Einnahmenseite, abgesehen von den nachfolgend dargestellten Veränderungen, weitestgehend planmäßig.



Die Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind momentan zu 46,25 % des Haushaltsansatzes bewirtschaftet (Vorjahr: 74,06 %). Das Liegenschaftsamt geht davon aus, dass der Planansatz zum Jahresende erreicht wird.

Bei den **Beiträgen** kommt es zu voraussichtlichen Mehreinnahmen durch einen außerordentlichen Erschließungsvertrag für Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von 70.000 €. Bei den **Erschließungsbeiträgen** wird von einem planmäßigen Verlauf ausgegangen.

Bei den eingeplanten **Landeszuschüssen** sind derzeit keine Abweichungen bekannt. Die Zuschüsse des Bundes für Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II werden nach Angaben des Amtes für Gebäudemanagement noch im Jahr 2010 abgerechnet (weitere Erläuterungen unter Ziffer 3).

2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich bisher keine erheblichen negativen Abweichungen gegenüber den Planzahlen ab.

Nach Angaben des Liegenschaftsamtes ist die Planung 2010 beim **Grunderwerb** so bemessen, dass die erforderlichen Grundstückskäufe getätigt werden können.

Auch die **Baumaßnahmen** verlaufen weitgehend planmäßig. Aufgrund der restriktiven Haushaltsplanung für das Jahr 2010 geht die Verwaltung derzeit aus, dass die eingeplanten Mittel für Baumaßnahmen vollständig verbraucht werden.

Auch die **Zuschüsse an Dritte** liegen im Rahmen der Planung.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt 459.010 € (Vorjahr: 1.212.122 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen allein 400.000 € auf die Erweiterung des Kindergartens St. Nikolaus (Dr. Nr. 88/2010).

3. Konjunkturpaket

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms des Bundes („Konjunkturpaket II“) erhält die Stadt insgesamt Zuwendungen in Höhe von 2.270.916 €. Dabei muss die Stadt einen Eigenanteil von 25 % an den Maßnahmen übernehmen, was 1.085.849 € entspricht. Mit den Maßnahmen wurden im Jahr 2009 begonnen. Zwischenzeitlich wurden die nachstehenden Maßnahmen bereits abgeschlossen: Fenstersanierung Birkendorfschule, Energetische Flachdachsanie- rung Bischof-Sproll-Schule, Beleuchtungssanierung Kindergarten KBZO und die Heizungssanierung Mehrzweckhalle Rißegg. Die ent- sprechenden Zuschüsse wurden angefordert. Mit Ausnahme des Austausches der Einfachverglasung an der Braith-Grundschule, die aufgrund denkmalrechtlicher Vorgaben nicht zur Ausführung kommt, können die restlichen beantragten Vorhaben noch im Jahr 2010 abgeschlossen werden.

Die einzelnen Maßnahmen wurden im Bericht zur Haushaltslage zum 30.06.2009 (Dr. Nr. 137/2009) ausführlich dargestellt. Größere Kostenabweichungen sind nach Angaben der ausführenden Ämter derzeit nicht ersichtlich.

Aufgrund geänderter Kostenschätzungen wurden folgende Maß- nahmen nachträglich im Rahmen des Konjunkturpakets noch bewil- ligt:

| Zweck | Kosten- schätzung | Förderfähige Kosten | Zuschuss Bund/Land | Eigenanteil Dritte | Eigenanteil Stadt |
|---|------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|------------------------------|
| Infrastrukturpauschale | | | | | |
| Vereinshaus Rössle, Brandschutzmaßnahme | 8.400 € | 8.400 € | 5.775 € | 0 € | 2.625 € |
| Komödienhaus, Brandschutzmaßnahme | 9.300 € | 9.300 € | 6.975 € | 0 € | 2.325 € |
| Bildungspauschale | | | | | |
| Mali-Werkrealschule, Brandschutzmaßnahme | 7.200 € | 7.200 € | 5.400 € | 0 € | 1.800 € |
| VHS, Brandschutzmaßnahme | 11.100 € | 11.100 € | 8.325 € | 0 € | 2.775 € |
| Pflugschule, Brandschutzmaßnahme | 12.500 € | 12.500 € | 9.375 € | 0 € | 3.125 € |

4. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen - entsprechend der Marktlage zu ge- ringen Zinsen - angelegt werden.

5. Zusammenfassung, Ergebnis

Wie bereits in den letzten Quartalsberichten 2009 und in den Haus- haltsplanberatungen 2010 dargestellt, spürt Biberach die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in diesem Jahr in voller Härte, was sich insbesondere am niedrigen Planansatz bei der Gewerbesteuer und der umgekehrten Zuführung vom Vermögens- an den Verwal- tungshaushalt in Höhe von über 14 Mio. € ableiten lässt.

Positiv könnte sich die sich langsam abzeichnende Erholung der Wirtschaft auswirken, in Form von etwas höheren Gewerbesteuer-einnahmen und höheren Anteilen an der an der Einkommen- und Umsatzsteuer. Hier bleibt zu hoffen, dass sich die derzeitigen Prognosen der Steuererwartungen auch in der Novembersteuerschätzung bestätigen.

Auf der Ausgabenseite im Verwaltungshaushalt sind derzeit keine größeren Abweichungen bekannt. Die zusätzlichen Ausgaben für Bildung und Betreuung in Form der Abmangelhöhung einerseits und durch zusätzliche Personalkosten andererseits werden sich nachhaltig auch auf alle künftigen Haushalte auswirken.

Auch im Vermögenshaushalt verlaufen die Einnahmen und Ausgaben bisher weitgehend planmäßig. Allerdings kann der Vermögenshaushalt aufgrund der benötigten Zuführung an den Verwaltungshaushalt nur über eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden. Damit reduziert sich der Rücklagenbestand erheblich.

6. Ausblick und mittelfristige Perspektive

Von den Ämtern wurden uns, abgesehen von den bereits dargestellten Maßnahmen, bislang keine wesentlichen Änderungen zur mittelfristigen Finanzplanung mitgeteilt.

Der Neubau der Realschule einschließlich räumlichem Bildungszentrum und Sporthalle sowie die damit einhergehenden zusätzlichen Ausgaben für die Umgestaltung der Sport- und Freiflächen stellen aufgrund der aktuellen Kostenentwicklung einen Kraftakt für die nächsten Jahre dar. Gleichzeitig fallen auch hier nicht unerhebliche zusätzliche Betriebsfolgekosten an, die das Ergebnis aus dem laufenden Betrieb weiter schmälern werden.

Vor diesem Hintergrund ist es nach wie vor unabdingbar, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und Wünschenswertes hinten anzustellen. Das Jahr 2010 zeigt exemplarisch, dass die Ergebnisse aus unserem operativen Geschäft mittelfristig nicht ausreichen, die Lasten aus dem Konzern Stadtverwaltung zu tragen. Wir sollten daher rechtzeitig die Weichen entsprechend stellen.